

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Bezugspreis monatlich 1,50 Gulden, wöchentlich 0,38 Gulden, in Deutschland 1,50 Goldmark monatlich. Anzeigen: die 1. Seite 0,30 Gulden, Reklamezettel 1,20 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Abonnement- und Inseratenpreise in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6. Postfachkonto: Danzig 2945. Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Nachnahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290.

Nr. 303

Sonntag, den 29. Dezember 1923

14. Jahrg.

Zwischen den Parlamenten.

Danzig darf den zweifachen Ruhm für sich verbuchen, der allerdings auch gleichzeitig sehr zweifelhaft ist: Die durch den Ausfall der Volkstagswahl am 18. November bedingte Neubildung des Senats zieht sich bereits seit Wochen hin, ohne daß es zu einem Resultat gekommen ist. Demgegenüber dauerten auch die bisher längsten Regierungskrisen im Reich immer höchstens nur zwei Wochen. Dann aber zeigten sich die Verhandlungen um die Regierungsbildung in Danzig auch von ähnlichen Verhandlungen in andern Ländern dadurch aus, daß sie fast unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehen. Die Väter des Bürgerblocks hatten es sich so schön gedacht: Je kleiner der Kreis der Verhandelnden, um so leichter eine Verständigung. Wenn es gelingt, manchmal die größten Privatgeschäfte bei einer Flasche Wein im Matschler erfolgreich abzuschließen, warum soll es auch nicht bei Abschluß von politischen Geschäften gelingen?

Trotz all dieser gewiegten Geschäftspraktiken ist es diesmal doch anders gekommen. Die Verhandlungen über die Neubildung des Senats sind auf den toten Punkt gelangt. Die Schwierigkeiten liegen in der Personenfrage. Von der Deutschen Partei hat der Senator Jemelowski auf eine Wiederanstellung als Volkstagsabgeordneter verzichtet in der bestimmten Erwartung, daß er natürlich als Senator von seiner Partei wieder aufgestellt werden würde. Dagegen laufen die Deutschnationalen Sturm. Deshalb ist eigentlich nicht recht verständlich. Jewelowski hat sich bisher stets als Vertreter der kapitalistischen Interessen gebärdet und noch in diesem Jahre öffentlich erklärt, daß er eine Regierungsbildung ohne Deutschnationalen für ein Unglück für Danzig halten würde. Aber trotz dieser offenkundigen Liebeswerbung zeigen sich die Deutschnationalen spröde. Die einzige Ursache für dieses Verhalten ist ihre politische Einstellung und die Furcht vor der deutschsozialen Konkurrenz. Das brachte bei den letzten Verhandlungen im Schoße des bisherigen Bürgerblocks der deutschnationalen Senator Sessleben offen zum Ausdruck. Die Mitarbeit der Deutschen Partei glauben sich die deutschnationalen Regierungsmacher dadurch zu sichern, daß sie den Zeitungsbesitzer Fuchs als Vertreter der Deutschen Partei mit in den Senat aufnehmen wollten. Dadurch glaubte man auch gleichzeitig die Presse der Deutschen Partei bei der Stange zu haben. Aber auch dieses Kompromiß ist gescheitert, da die Deutsche Partei auf Jewelowski nicht verzichten wollte und schließlich auch nicht konnte, wenn sie nicht den letzten Rest ihrer Selbständigkeit aufgeben wollte.

Die Verhandlungen sind nunmehr völlig gescheitert. Die Deutschnationalen, die bisher als stärkste Partei die Führung bei den Verhandlungen um die Neubildung des Senats hatten, haben diese nunmehr an das Zentrum abgegeben. Ob dies bei den Verhandlungen mehr Glück haben wird, dürfte schon die nächsten Tage zeigen.

Eine besondere Überraschung dürften dem neuen Volkstag die Deutschsozialen bereiten. Sicherlich haben die Deutschnationalen sie als ihre Bundesgenossen angesehen, was ja auch daraus hervorging, daß sie die Deutschsozialen durchaus mit in den Senat haben wollten. Diese deutschnationalen Fürsorge um einen Senatsstuhl für die Knüttelzuggehörigen scheiterte schließlich an dem Widerstand der andern bürgerlichen Parteien. Und haben sich die Deutschsozialen selbst aufs hohe Pferd gesetzt. Wurden sie bisher als die Vertreter der ärgsten Reaktion und der gewalttätigen Diktatur betrachtet, so spielen sie sich jetzt als demokratische Volksvertreter auf. Recht und billig wäre es gewesen, wenn sie im neuen Volkstag neben den Deutschnationalen auf dem rechten Flügel gesessen hätten. Aber die Deutschsozialen scheinen plötzlich eine große Sehnsucht nach links. Sie lehnten es ab, als Vertreter der Rechten betrachtet zu werden und wollen durchaus neben den Sozialdemokraten sitzen. Wenn sie durch diese Nachbarschaft zu anständigen Umgangsformen in der Politik könnten erzogen werden, so würde sich die Sozialdemokratie schließlich mit dieser Nachbarschaft abfinden müssen. Leider ist das nicht zu erwarten. Aber vielleicht geht die Sehnsucht der Deutschsozialen noch weiter nach links. In ihren Versammlungen haben sie ja häufig genug die Verbrüderung mit den Kommunisten gefordert und die Parole ausgegeben: Polenfranz oder Sowjetfranz. Das „oder“ kann schließlich dem neuen Volkstag mancherlei Überraschungen bringen.

Die deutschnationalen Zauberlehrlinge, die die deutschsozialen Geister ins Leben gerufen haben, sollen in diesen Tagen gar sehr häufig den Spruch des Goethe'schen Zauberlehrlings gebrütet haben:

Vor mich, Herr und Meister,
Meine Art ist groß,
Die ich rief, die Geister,
Sind in nun nicht los.

„Berechtigkeits“bilder aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Aus Hunger in den Tod.

Eine grauenvolle Statistik.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine Statistik der Berliner Polizeiamter über die Selbstmordfälle dieses Jahres bis zum 1. Oktober. Danach sind im Bezirk Charlottenburg von 181 Selbstmördern 79, also die Hälfte, aus Nahrungsorgen in den Tod gegangen, im Bezirk Prenzlauer Berg unter 169 Fällen 144, also fast die Gesamtheit, und im Bezirk des Polizeiamtes Wedding, dem charakteristischen Arbeiterviertel im Norden Berlins, die weitaus größte Zahl der gemeldeten Selbstmorde, aus gleichen Motiven. Die Selbstmörder gehören vor allem dem sogenannten Mittelstande an.

Diese kurze Meldung redet eine furchtbare Sprache. Wenn in den Zeiten, da die Menschheit sich noch im Barbarzustand der ersten Kulturstufe befand, die hilflosen Greise und alten Frauen getötet wurden, so hatten diese Gattungsmitglieder wenigstens die Begründung, daß die Lebensmittel nicht ausreichten. Heute aber erstickt Amerika in seiner Weizenerte, und ernsthafte amerikanische Zeitungen machen kürzlich den Vorschlag, daß jeder Bürger der Vereinigten Staaten täglich einige Butterbrote mehr essen möchte, um die soziale Not der Farmer, die ihr Getreide nicht loswerden können, zu lindern. Deutschland hatte eine Vollernte, und Graf Bismarck erklärte zynisch, wenn man die Verdornungen der Junger nicht bewillige, könne das Volk bei vollen Scheunen verhungern.

Hunderte von Menschen gehen in den Tod, weil sie vor dem Verhungern stehen. Verhungern bei vollen Scheunen! Verhungern inmitten eines rasenden Luxus, angehängt von Schönfeiern mit Dessertessen, angehängt von Schlemmerfesten, in denen der Kapitalismus seine Orgien feiert. So geschehen im Jahre 1923 christlicher Weltrechnung.

Wie Kapitalisten proffen.

Gegenüber dieser grauenvollen Hungerstatistik lese man folgenden Bericht aus der „Reisenerzeitung“:

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß es den Banken schlecht geht. Deshalb müssen sie natürlich, um auch nur einigermaßen über Wasser zu bleiben, ihre Liquidität häufig heranziehen. Mit kleinen Summen können sie sich schon lange nicht mehr abgeben. Und von den „großen Kanonen“ nehmen sie kräftige Sätze für Zinsen, Erwerb, Provisionen. Trotz allem können die armen Banken nicht leben; so sieht man es häufig in ihren Nachorganen. Sie können einem

oft leid tun. Vor einiger Zeit haben wir in einem Artikel „Gochmut kommt vor dem Fall“ auf das Geschäftsgebaren zahlreicher Banken hingewiesen. Heute sind wir in der Lage, unseren etwa noch zweifelnden Lesern einen schlagkräftigen Beweis für die Not der Banken zu erbringen. Und damit auch jeder selbst darüber Auskunft holen kann, nennen wir die Firma: Köpenicker Bank in Berlin, Filiale Köpenick 29/30. Diese Filiale ist am Montag, den 15. Oktober 1923 eröffnet worden. Der „Deutschen Tageszeitung“ — und dem „Vormärts“ gebührt das Verdienst, die Speisekarte zu dieser Eröffnungsfest der kammenden (und hungernden) Mittelwelt unterbreitet zu haben. Man lese:

Kaltes Buffet.

Kaviar auf Toast — Geräucherter Kal — Krebbschwänze in Aspik — Lachsfilets — Anchovis — Sardellen — Bismarckheringe — Kollmops in Remoulade — Solatissen — Kaviardünen in Del — Tomatenkaviar — Krabbenmannnanen.

Taschen von rohem und gekochtem Schinken — Appetitbrötchen — Tatarbraten — Zerkelat in Scheiben — Morcheln — Ochsensuppe — Sandwichs — Russische Eier — Industrierte Gurken — Gefüllte Leberpasteten — Ochsenmaulsalat.

Medaillons von Gellgellbecher — Gans in Aspik — Kalbsbraten vinaigrette — Kaffee-Milchsuppe — Quarkbrot mit Remoulade — Junge Gans gebraten.

Spargel Roslotte — Marinierte Pilze — Rote Rüben — Italienischer Salat — Vergingsalat.

Verschiedene Weine — Käsebraten — Ananasa-Kuchen — Redkuchen.

Fisch-Flanant — Feinster Weinbrand — Kaffee-Vitor — Gans feiner alter Cherry — Alter Portwein — 1915er Chateau Margaux — 1920er Rheinheimer Goldenmorgen.

3 1/2 Millionen Erwerbslose in Deutschland.

Erit der zahlenmäßigen Erfassung der Lage des deutschen Arbeitsmarktes wurde am 1. Dezember der höchste Stand der Arbeitslosigkeit festgestellt:

1 450 000 Vollerwerbslose und
2 330 000 Kurzarbeiter.

Und trotzdem ruhen die Unternehmer immer lauter nach der Befestigung des Wirtschaftstages, um die „industrielle Reservearmee“ nach härter zu vergebem! Im belebten Gebiet müssen gegenwärtig rund 2 Millionen, im übrigen Deutschland 1 450 000 Vollerwerbslose unterstellt werden; dazu kommen noch etwa eine halbe Million Kurzarbeiter im belebten und 1 330 000 Kurzarbeiter im unbefestigten Gebiet. Da nur die Leute gezählt werden, die Unterstellungen beziehen, sind die tatsächlichen Ritzern noch etwas größer.

Europäische Politik.

In einem „Die Tragik Deutschlands“ überschriebenen Aufsatz unseres Leipziger Parteigrunds wird nach einem bitteren Rückblick auf den Verfall des unter Karl dem Großen entstandenen Deutschen Reiches ein kurzer Abriss der Geschichte Deutschlands in den letzten Jahrhunderten gegeben bis zum Neuenwachen des Reiches am 18. April 1871, der mit dem Erwachen der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland parallel ging. Die Geschichte des deutschen Einheitsreiches eracht auch die Möglichkeit einer einheitlichen Außenpolitik Deutschlands.

Aber die Großkräfte der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland ordnet sich in einer Zeit, als bis auf Rußland in den anderen führenden Mächten Europas der Kapitalismus bereits in die Phase innerer Krisis übergegangen war. Nichtsdestoweniger entwickelte der Milliardenschein, der sich durch den Frankfurter Friedensvertrag über die deutsche Wirtschaft ergab, die Sturmzeit der Gründerjahre. Das deutsche Völkertum personale geistlich seinen Platz an der Sonne, nachdem vier Fünftel der Welt bereits vererben und an Phosphormärkten der übrigen kapitalistischen Nationen erworben waren. Damit wurden der Außenpolitik Deutschlands von vornherein Schranken gesetzt. Man mag zu der Außenpolitik Bismarcks in höchstem Grade ablehnen, daß er ohne außenpolitisch eine Linie der Stetigkeit, die vorwärts tödlich überall verfolgt wurde, einnahm, vermögen auch seine Gegner nicht zu bestreiten. Nachdem Deutschland jahrhundertlang nur der Spielball europäischer Mächte war, nachdem die Hegeemonie des Zaren über Deutschland bereits krisenhaftigen Charakter angenommen gelang es Bismarck auf dem Berliner Kongress im Jahre 1878, der der Abschluß der russisch-deutschen Friedensverträge, insbesondere die Rolle des europäischen Schiedsrichters einzunehmen.

Nur wenige große Gedanken waren in der Außenpolitik des Reiches seit Beendigung des deutsch-französischen Krieges zu vernehmen. Zunächst die Idee des Dreibundes, die freilich entscheidend beeinflusst wurde durch die fast insuläre Lage Italiens und durch die Stellung der Vereinigten Staaten. So lag Deutschland auf Rußland zu haben sich vermochte, und so lange die Verhältnisse des Zaren mit Frankreich nicht in Einklang standen, hielt die Idee des Dreibundes einen Sinn. Strategisch waren Deutschland und Österreich einig in die Grenzen der mindestens gleich starken westeuropäischen Mächte. Als es aber dem Zweiten Weltkrieg gelang, die russisch-französischen Elemente zu knüpfen, wurde der Dreibund faktisch gegenstandslos.

Die kapitalistische Entwicklung Deutschlands hatte binnen kurzem die deutsche Bourgeoisie an die führende Stelle aller übrigen modernen Staaten der Welt gebracht. Die überaus reichen deutschen Kapitalisten hatten sich Wegbereiter der Abwärtswirtschaft der Abwärts zu neuen Anlagegebieten. Daraus entwickelte sich jene politische Linie, die

von Hamburg nach Bagdad ging und die bis zum Beginn des Weltkrieges die beherrschende Tendenz der gesamten deutschen Außenpolitik war. Eingeklinkt zwischen Frankreich und Rußland versuchte das deutsche Kapital als Antreibtrommel der Diplomatie, den Ausweg über den Balkan nach Kleinasien, um dort im Brennpunkt der politischen Geschehnisse ein entscheidendes Wort mitzureden. Schon durch die Linie Hamburg-Bagdad wurde Italien beiseite geschoben und wenn auch infolge dieser unhaltbaren strategischen Lage, in die Deutschland und Österreich gerieten, die Bagdad-Linie gehalten werden sollte, dann war das nur möglich durch eine Außenpolitik, deren Stetigkeit mit fortdauernd wachsender Klugheit gepaart sein mußte.

Da aber kam das Verhängnis. Wilhelm II. wühlte mit seinem Imperatorenwahn in der Außenpolitik Europas wie ein Elefant im Porzellanladen. Sofern sich auch nur einmal vernünftige Ansätze einer tragbaren Außenpolitik zeigten, sofort wurden sie durch die eckelhaften Unvernünftigkeiten Seitenstränge Wilhelms illusorisch gemacht, der ihr letzten seine Diplomaten mit sackerlichen Randbemerkungen bei der Hand drehte. Niemand wagte den absolutistischen Reliquien Wilhelms zu widersprechen, und selbst als Balow frönderte, machten sich nur geringe Zeichen der Besserung bemerkbar.

Dem Deutschen Reich fehlten von jeher Männer der Außenpolitik, die etwa im Sinne der Pitt, Palmerston und anderer alte außenpolitischen Räten fest in ihren Händen hielten, und die unheimlich instinktiv das Nützliche erkannten. Es ist der arzenlose Kammer der deutschen Republik, daß sie auch jetzt, nach dem Sturz der Dynastien, die Außenpolitik nach den dynastischen Traditionen nicht loszulegen zu müde. Gegenüber den Simons, Rosenbergs und Stresemann ist Poincaré wahrhaftig eine Kapazität in seinem Grade. Das vermag auch kein härtester Gegner nicht zu bestreiten. Die französische Außenpolitik der Nachkriegszeit ist außerordentlich erfolgreich gewesen, und sie ist es auch fürderhin, obwohl sie gerade in diesen Tagen Anzeichen einer Umwälzung bemerkbar machen.

Nachdem nicht, daß die Voraussetzungen einer vernünftigen Außenpolitik in Deutschland nicht gegeben waren, da der Weltkrieg und der Vertrag von Versailles alles in den Abgrund rieten. Im Jahre 1919 befand sich Frankreich in einer ganz ähnlichen Situation. Man stelle förmliche Außenminister der deutschen Republik dem Mandat der französischen Regierung, dem französischen Unterstaatssekretär auf dem Wiener Kongress, Talleyrand, gegenüber. Es besteht in der Geschichte keinerlei Zweifel, daß es wesentlich dem Geist d'Zollnerands zu danken war, wenn Frankreich aus dem Ruinabsturz von 1814/15 immerhin noch mit heiler Haut davongekommen ist. Dagegen war die deutsche Außenpolitik seit dem Jahre 1819 nur ein Spielball der Geener, ohne daß eine einheitliche, zielbewußte Linie vorhanden war. Auch die Heberrechnung, die die Politik in den Öbertagen

des Jahres 1922 in Genua bereitete, hat keinerlei nachfolgende Wirkung zu bringen vermocht. Herzlich Dr. Stresemann er...
Er hat sich durch ein devotes Journalistenum allerlei Vorurteilen...
Es ist zweifellos, daß die ersten Wochen der Regierונגszeit Stresemanns Anlässe gaben, die auf eine nichterne realpolitische Einstellung schließen ließen.

Man hat noch nicht gehört, daß die Regierung einen Kommissar auf Grund des § 15 der Reichsverfassung nach Bayern geschickt hätte, um dort nachzulesen, wie weit die Reichsstaatsverwaltung durchgeführt werden. Gerade hat die Reichsregierung nur gegen Sozialisten, nicht gegen ihre revolutionären Klassenangehörigen in Ruhr-Bayern!

Was alles Landesverrat sein soll.

Die unser Parteilager in Frankfurt a. M. die „Vollstimme“, meldet, hat der Oberrechtsanwalt gegen den Redakteur der „Vollstimme“, Quitt, auf Antrag der bayerischen Regierung ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet. Es handelt sich um einen im Juni in der „Vollstimme“ veröffentlichten Artikel über Vorbereitung der Hülfergarde zu einem Aufstand.

Aus dem dunklen Afrika.

Bei der Aufteilung der Erde unter die imperialistischen Großmächte wurde Afrika zunächst vernachlässigt. Bis die Wächter der europäischen Kolonien aus wirtschaftlichen und politischen Gründen immer mehr in den Vordergrund trat. Die weltweiten Fragen von heute drehen sich zu einem guten Teil um Afrika.

Der Reichskommissar für Thüringen.

Das Reichamt Thüringen teilt mit: Auf Betreiben der Reichskommissioner Reichsregierung und des Thüringer Reichsausschusses ist von der Reichsregierung der Reichskommissar für Thüringen ernannt worden.

Ein Lebensbild Fritz Eberts.

Der große Mann geht nicht zu dem schwachen Mann der...
Die Arbeitsschritte die in dem letzten Jahrzehnt...
Die Arbeitsschritte die in dem letzten Jahrzehnt...

Der neue Führer.

Im Reichsausschuss der Sozialisten erhielt Ebert mit der...
Der neue Führer...
Der neue Führer...

Der Bremer Gelehrter.

Die Arbeitsschritte des Reichsausschusses...
Der Bremer Gelehrter...
Der Bremer Gelehrter...

Rhodestien, an der Grenze der südafrikanischen Union (Transvaal, Kapland, Natal und Orange) hat vom britischen Reich, dessen Kolonie es sein wird, die Selbstverwaltung angetreten erhalten; das neue Ministerium und die Organe der Selbstverwaltung wurden im Oktober eingesetzt.

Ein französisches Luftkreuzer untergegangen.

Das französische Marineflugzeug „Dixmuiden“, ein früherer Zerstörer, geht seit mehreren Tagen als verschollen. Man nahm zuerst an, daß das Luftschiff nach der afrikanischen Küste hin verschlagen worden war.

Das Ermächtigungsgesetz für den polnischen Staatspräsidenten.

Der Gesetzentwurf, der dem polnischen Präsidenten ermächtigt, auf dem Gebiete der Finanzen ohne Befragen des Seins alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, ist jetzt im Senatsrat fertigeigefertigt. Er enthält 10 Punkte: Steuern, Staatsanleihen bis 500 Millionen Goldfranken, Änderung der Statuten der Kreditinstitutionen, neues Münzsystem, Verstaatlichung der Eisenbahnen, Umrechnung der öffentlichen und privatrechtlichen Verbindlichkeiten, Konsolidierung der Anleihen, Verkauf staatlicher Handels- und Industriebetriebe, Erzielung von Erparnissen in der Verwaltung, wo dem Staatspräsidenten freie Hand gelassen wird.

Änderung der Weimarer Verfassung.

Die bayerische Staatsregierung beabsichtigt, in den nächsten Tagen der Reichsregierung eine Denkschrift über eine Revision der Weimarer Verfassung in föderalistischem Sinne zu übermitteln.

Todesurteile französischer Arbeitsgerichte.

Das französische Arbeitsgericht in Mainz verurteilte die drei Sektierer des leinwägen Vorberreitung eines Sabotageaktes zum Tode verurteilten Landwirtschaftsingenieur Stöcker in Abwesenheit einstimmig zum Tode.

Der Parteiführer.

Als ein Mann des geschickten Verhandlung und der durchgehenden Entschlossenheit erwirbt sich Ebert auch die warmen Sympathien der Gewerkschafter und der sozialdemokratischen Parteimitglieder. Die Vorstände der Gewerkschaften betonen ihn mit einem Inständigkeitswort in der Gewerkschaftsorganisation der „Vollstimmigen“, Carl Legien, der hervorragende Strategie der deutschen Gewerkschaftsbewegung, erwidert: Ich bin auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena zum Parteivorsitzenden vor. Legien rühmt ihm nach, daß er in der Beilegung von Parteidifferenzen „eine überaus glückliche Hand“ gehabt hat.

Der Staatsmann.

Wenn die Demokratie über die „Diktatur des Proletariats“ triumphierte, so ist das nicht zuletzt dem Volksweltwärtigen Fritz Ebert zu danken. In der Sitzung der Deutschen Nationalversammlung vom 11. Februar 1919, die Ebert zum Reichspräsidenten erwählte, hat Dr. Ebert mit lebhaftesten Worten die schreckliche Gefahr gemalt, in der die deutsche Demokratie durch die Ausartung der Staatsumwälzung in einen wilden Bürgerkrieg schwebte.

Die Erwerbslosenbeihilfe abgelehnt.

Änderung des Währungsgesetzes. - Die letzte Sitzung des alten Volkstages.

Die gestrige letzte Sitzung des alten Volkstages zeigte noch einmal, wie beschämend gering das soziale Mitgefühl der bürgerlichen Abgeordneten ist. Die von den Sozialdemokraten und Kommunisten geforderte Wirtschaftsbeihilfe für die Erwerbslosen wurde von der bürgerlichen Mehrheit glatt abgelehnt. Mit einer Entschiedenheit, die den Senat zu nichts verpflichtet, spreite man die Hilfe suchenden ab. Es sei kein Geld für solche Zwecke vorhanden. Empörend war das Verhalten der bürgerlichen Mehrheit, als die Redner der Linken noch einmal die grenzenlose Not der Arbeitslosen schilderten und dringende Abhilfe verlangten. Diesen eindringlichen Worten wurde gar keine Beachtung geschenkt. Überall bildeten sich heiter plaudernde Gruppen. Es hatte den Anschein, als wenn die „Schwarz-Börse“ auf Newgarten neu aufstanden wäre. Die Freizitat-Versammlungen bildeten den Gegenstand des Interesses. Sonderbarerweise sah man diese Versammlungen in Händen männlicher und weiblicher deutschnationaler Abgeordneter, die sich wohl durch blödsinnige Zwischenrufe bemerkbar, aber ganz gewiß nicht um die Einführung der neuen Währung verdient gemacht haben. Als der Präsident dann dem skandalösen Treiben ein Ende machte, suchten die bürgerlichen Abgeordneten den Erfrischungsräumchen auf, um sich mit Kaffee und Kuchen zu stärken, während im Sitzungssaale die Not der Arbeitslosen zur Debatte stand. Die bis auf den letzten Platz die Tribüne füllenden Zuschauer konnten sich kaum davon überzeugen, wie die bürgerlichen Vertreter ihre Wohlverpflichtungen sahen. Als der Senator für Soziales, Dr. Schwarz, in ziemlich brüskierten Worten die Ablehnung der Beihilfe forderte, gab es auf der linken Seite des Hauses einen Sturm der Entrüstung, so daß er sich kaum noch verständlich machen konnte. Die Erwerbslosenbeihilfe wurde abgelehnt. Der andere Punkt der Tagesordnung, die Änderung des § 2 des Währungsgesetzes, wurde debattelos erledigt. Die bürgerlichen Parteien verfügten über die Mehrheit. Präsident Gen. Gehl schloß die letzte Sitzung des Volkstages mit einer Abschiedsrede ab, die beifällig aufgenommen wurde.

geordneten das Interesse an den Verhandlungen verloren. Überall bildeten sich kleine Gruppen, die sich anscheinend vornehmlich unterhielten. Die neuen freizitatlichen Versammlungen fanden mehr Interesse als die Not der Erwerbslosen. Der Präsident mußte wiederholt für Ruhe sorgen, worauf der größte Teil der bürgerlichen Abgeordneten nach dem Erfrischungsräumchen überlief. Die Not der Erwerbslosen war ihnen herzlich gleichgültig.

Senator Dr. Schwarz begründete die Ablehnung der Forderung durch den Senat mit der finanziellen Lage des Staates. Würden alle Erwerbslosen die Beihilfe erhalten, entstünde eine Ausgabe von 400 000 Gulden, würde die Beihilfe auch den Rentenempfängern gezahlt, wäre ein Betrag von 1 1/2 Millionen Gulden erforderlich. Diese Ausgaben könne der Staat nicht tragen. Böllig überläufig war jedoch der Hinweis des Senators auf die niedrigen Unterstützungen der Erwerbslosen in Deutschland; denn wenn die Lücke die Übernahme von arbeiterfreundlichen deutschen Gesetzen und Verordnungen forderte, wurde stets vom Senat auf die unterschiedlichen Verhältnisse hingewiesen. Senator Dr. Schwarz machte dabei Zahlenangaben, die irreführend wirkten. Der Redner ließ wiederholt auf scharfen Widerspruch der Linken und mußte seine Rede öfters unterbrechen.

Die Erregung im Hause wurde noch größer, als der Abg. Raube sprach und an den Senator Dr. Schwarz Fragen richtete, die dieser gar nicht beachtete, sondern sich mit einer Abgeordneten angelegentlich unterhielt. Raube quittierte die Aufmerksamkeit durch eine Anzahl Kraftausdrücke, in das er mehrere Ordnungsrufe erhielt. Als die Lächerlichkeit unruhig wurden, drohte der Präsident, die Tribüne räumen zu lassen.

Abg. Gen. Arczynski

stellte zunächst die Angaben des Senators Dr. Schwarz über die deutschen Erwerbslosenunterstützungen richtig. Schwarz hatte von 610 Millionen Unterstützung gesprochen. Genosse Arczynski stellte demgegenüber fest, daß auch 700 und 750 Milliarden an täglichen Unterhaltungen gezahlt werden, je nach Größe der Städte. Wenn Danzig sich einschließen könnte, ähnlich wie in Deutschland zur Kurzarbeit überzugehen, würde ein großer Teil der Arbeitslosen Beschäftigung finden. Weitere Arbeitsbeschaffung könne durch Entlassung der Ausländer beschafft werden. Bezeichnend für die Haltung der Danziger Arbeitgeber sei aber die Tatsache, daß ein im Demobilisationauschuss gefasster Beschluß, eine Nachprüfung der in den Danziger Betrieben beschäftigten Ausländer vorzunehmen, vom Senat inhibiert wurde, weil dem Reichsamt mit der Kreditentziehung gedroht wurde. Der Senat habe dem Leiter des Demobilisationauschusses dann den Rat gegeben, die Gesetze etwas diplomatisch auszulegen. (Hört, hört!) Zum Schluß betonte Redner eingehend die Notwendigkeit der Beschäftigung von Arbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Volkstag etwas mehr Verständnis für soziale Fragen zeigen werde.

Die übrigen Parteien vermieden es, zu der Beschäftigungsbeihilfe für die Erwerbslosen öffentliche Stellung zu nehmen. Die Forderung der Linksparteien wurde von dem Regierungsbüro abgelehnt und dann die Entschließung angenommen.

Damit war die Tagesordnung der letzten Volkstagsitzung erledigt. Am Schluß der Sitzung nahm Präsident Genosse Gehl das Wort zu folgender Abschiedsrede:

Da der jetzige Volkstag am 31. Dezember nach der Vertagung aufgehört hat zu bestehen, haben wir heute das Ende der ersten Legislaturperiode des Volkstages erreicht. Es ist mir ein Bedürfnis, meinen Mitarbeitern im Vorstand und allen Mitgliedern des Hauses, insbesondere den nicht mehr zurückkehrenden, sowie den Beamten, Arbeitern und Angestellten des Hauses für ihre aufreibende Tätigkeit im Dienste dieses Hauses den warmsten Dank auszusprechen. Die nachfolgenden Zahlen mögen einen Überblick geben über das, was von diesem Hause geleistet worden ist. Als Verfassunggebende Versammlung sind in 51 Volksversammlungen außer der Vertagung noch acht Gesetzentwürfe verabschiedet worden. Der Volkstag hat in 307 Vollkungen 4 Staatshaushaltspläne, 8 Staatsverträge, 416 Gesetzentwürfe und 20 selbständige Anträge erledigt. Wenn in Betracht gezogen wird, daß der größte Teil der Vorlagen in Ausschüssen vorbereitet worden ist, wozu 1126 Ausschusssitzungen nötig gewesen sind, so darf wohl festgestellt werden, daß der Volkstag ein großes Arbeitspensum erledigt hat. Ich habe die Hoffnung, daß auch der neue Volkstag ebenso emsig an der Gestaltung des Gesetzgebungs mitarbeiten wird, wie es der erste Volkstag des Freistaates getan hat, und daß seine Arbeiten der Gesamtheit der Danziger Bevölkerung zum Wohle gereichen mögen. Wir haben ferner alle den Wunsch, mit unseren Nachbarn und Völkern im besten Einvernehmen und in Freundschaft zu leben. Wir erwarten aber von ihnen dieselben Freundschaftsgefühle für unsere liebe Freie Stadt Danzig.

Abg. Schwemann sprach im Namen des gesamten Hauses den drei Präsidenten den Dank für ihre gewissenhafte und unparteiische Geschäftsführung aus. Daraufhin wurde die Sitzung geschlossen; der erste Volkstag hatte sein Ende erreicht.

Die Erweiterung der Städtischen Sparkasse.

Nachdem der Bauantrag und die Gerüche gefallen sind, präpariert sich das alte städtische Verwaltungshaus in der Pangaße neben dem Rathaus in einem neuen schmucken Gewande. Auch im Innern ist das Haus, das früher den verschiedenen städtischen Verwaltungszweigen diente, einem gründlichen Umbau unterzogen worden. Die erweiterten, hellen Räume dienen nunmehr dem umfangreichen Betrieb der städtischen Sparkasse, die ihre verschiedenen bisher verstreut untergebrachten Büreaus hier zweckmäßig unterbringen konnte. Im Erdgeschoss liegen im Vorderbau die Abfertigungsräume für die bankmäßigen Geschäfte, und zwar für den Devisen- und Effektenverkehr und für die Kontokorrent-Abteilung; ihr schließt sich die Auslandsabteilung an und in den oberen Räumen, Jünglingstraße, die eigentliche Sparabteilung. In den oberen Geschossen befinden sich die Büroräume der Direktion, der Revisions- und Korrespondenz-Abteilung und der Expedition. Der Umbau ist mit einem noch verhältnismäßig geringen Kostenaufwand bewerkstelligt, ohne daß die Räume eine geschmackvolle und teilweise sogar gediegene Ausstattung erweisen lassen.

Aus Anlaß der Eröffnung des Betriebes im neuen Gebäude fand gestern eine Besichtigung durch den Senat und Vertreter der städtischen Körperschaften statt. In mehreren Nebenräumen wurden den Leitern der Sparkasse auf die Erweiterung des Instituts hingewiesen und besonders die Notwendigkeit der Ausgestaltung der Sparkasse zur Bank unterstrichen. Diese ist zwar praktisch bereits zum größten Teil vorhanden, jedoch noch immer nicht fertiggestellt, weil dagegen Widerstände im Senat vorhanden sind. Es war interessant, daß Senatspräsident Sahm die bisher ablehnende Haltung des Senats mit den Einwänden der privaten Banken ver-

vierte, die befürchten, der Konkurrenz der Sparkasse nicht gewachsen zu sein, weil diese in steuerlicher Beziehung eine günstigere Stellung einnehme. Diese privatkapitalistischen Widerstände gegen die Entwicklung dieses städtischen Instituts gehen parallel mit den Hindernissen, die der Gründung der Sparkasse überhaupt gemacht wurden. Erst sehr spät, im Jahre 1908, wurde die städtische Sparkasse eingerichtet, und auch dann erst, wie Senator Sahm in seinem geschichtlichen Rückblick offenbarte, nach Überwindung von Widerständen, die damals ebenfalls von der privaten Konkurrenz ausgingen.

Offenlich gelang es nun endlich, wie es gestern mehrfach von den verantwortlichen Leitern der Sparkasse betont wurde, diese städtische Einrichtung von ihren Gehäusen zu befreien. Der Sparkassenbetrieb hat heute für das Unternehmen nur untergeordnete Bedeutung, da von den früheren 42 000 Sparkasseneinlagen bisher nur etwa über 40 000 ihre Einlagen erneuert haben. Das Unternehmen hat in seinen Bankgeschäften eine außerordentlich gute Entwicklung aufzuweisen und dürfte diese durch die räumliche Unterbringung der Haupt-Abteilungen im Verkehrsmittelpunkt der Pangaße noch weiter erheblich gefördert werden.

Rundschau für den Wochenmarkt.

Geflügel und Butter beherrschen den heutigen Wochenmarkt. Nur ganz wenig Gemüse und Obst ist vertreten, denn Frost und Kälte machen sich unliebsam bemerkbar. Für Butter werden für ein Pfund 1,50 Gulden verlangt. Gänse kosten 1,20 Gulden, Enten 1,50 Gulden pro Pfund. Für einen Hahn verlangt der Händler 9 Gulden. Die Wandel Eier kosten 1,50-1,80 Gulden. Puten gibt's das Pfund kostet 1,40 Gulden. Wrasen, Mohrrüben und rote Rüben kostet man für 4 Pfg. das Pfund, Weiskohl kostet das Pfund 5 und 10 Pfg., Birnstengel und Grünkohl 8 Pfg. das Pfund. Ein Pfund Zwiebeln kostet 15 Pfg. Äpfel kauft man mit 10 und 25-35 Pfg. das Pfund. Apfelsinen kosten 3 Stück 50 Pfg. Für eine Kiwi zahlt man 15 Pfg.

Die Stürmer bieten Tannensträucher und etwas buntes Laub neben Strohkblumen an.

Das Fleisch in wieder im Preise gestiegen. Für Karbonade werden 1,20 Gulden für ein Pfund verlangt. Ein Pfund Eisbein kostet 70 Pfg. und ein Pfund Schinken 1 Gulden. Für Rindfleisch werden 1 Gulden bis 1,20 Gulden für das Pfund gefordert. Das Pfund Hammelfleisch kostet 80 und 90 Pfg.

Auf dem Fischmarkt sind wenige frische Fische zum Preise von 60 Pfg. für das Pfund zu haben. Dann werden noch Hase zu 2 Gulden das Pfund und Pommes zu 1,30 Gulden für das Pfund als billig angepriesen. Teuerung, Arbeitslosigkeit und Kälte sind zurzeit die Plagegeister der Danziger werktätigen Bevölkerung. Traute.

Großfeuer in Langfuhr. Heute morgen gegen 5 Uhr bemerkte der Wächter der Eisfabrik „Bojar“, die zugleich mit der Danziger Metallindustrie und Verzinkerie und einer Gasmaschinfabrik in den früheren Werderhäusern der ehemaligen Ostpreussenern in Langfuhr untergebracht ist, Feuer im Boderraum des Gebäudes. Es wurde sofort die Langfuhrer und etwas später noch die Danziger Feuerwehr alarmiert. Auch eine Schutzwehrbereitschaft beteiligte sich an den Löscharbeiten. Es gelang, die Gebäude zu retten, doch ist der etwa 200 Meter lange Dachstuhl gänzlich niedergebrannt. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht genau aufgeklärt. Der Schaden ist beträchtlich, da der Boden als Materiallager der verstorbenen genannten Firmen diente. Der Betrieb der Unternehmen ist jedoch nicht gestört.

Wochenplan des Stadttheaters Danzig. Sonntag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr (Gesellschafts-Vorstellung, viertes Gastspiel O. Dieber-Baumann vom Stadttheater in Hamburg): „Mignon“, Oper in vier Akten von Ambroise Thomas (Titelpartie: O. Dieber-Baumann als Gast). - Montag, den 31. Dezember, abends 7 Uhr (Serie I): „Charitas Lante“, Schwanke in drei Akten von Brandes Thomas. - Dienstag, den 1. Januar 1924, abends 7 Uhr (Gesellschafts-Vorstellung, fünftes und letztes Gastspiel O. Dieber-Baumann): „Mignon“ (Titelpartie: O. Dieber-Baumann). - Mittwoch, den 2. Januar, abends 7 Uhr (Serie II): „Der Evangelist“, - Donnerstag, den 3. Januar, abends 7 Uhr: „Schwarzwaldbädel“, - Freitag, den 4. Januar, abends 7 Uhr (Serie III): „Charles Lante“, - Sonnabend, den 5. Januar, abends 7 Uhr: Freie Volksschüler-Gesellschafts-Vorstellung, - Sonntag, den 6. Januar, abends 7 Uhr: „Schwarzwaldbädel“, - Außerdem jeden Nachmittag 2 1/2 Uhr zu kleinen Preisen: Peter und Paul-Rondschaf.

Monatskarten für die Straßenbahn kommen ab 1. Januar wieder zur Ausgabe, daneben gelangen noch weiterhin Wertmarken für 10 Pfg. zum Verkauf. Eine Bekanntmachung der Straßenbahn im heutigen Anzeigenteil gibt ferner den Fahrplan der Sonderwagen in der Neujahrsnacht bekannt.

Polizeibericht vom 29. Dezember. Festgenommen: 23 Personen, darunter wegen Diebstahls 3, Passnachweis 1, Gefährliche 1, Betteln 1, Trunkenheit 11, in Polizeitisch 6, 7 Personen obdachlos.

Standesamtsnachrichten vom 29. Dezember. Das Standesamt I ist zur Beurkundung von Sterbefällen am Neujahrstage von 11 1/2 bis 1 Uhr geöffnet. Todesfälle: Wm. Frieda Neuvel geb. Müller, 64 J. - E. J. Arb. Albert Lange, 1 J. 9 M. - Wm. Juliana Stomski geb. Dunkel, 70 J. 9 M. - Maurer Joseph Sectan, 86 J. 9 M. - E. J. Forst, Theodor Feige, 18 J. 5 M. - E. J. Arb. Dionysius Blasch, 1 J. 4 M. - Peter Stephan Baranek, 20 J. 4 M. - P. Schmiedewitz Paul Maris, 21 J. - Bäckerlehrling Rudolf Groszid, 17 J.

Ämtliche Börsennotierungen.

Danzig, 28. 12.
1 Dollar: 5,90 Danziger Gulden.
1 Million voh. Mark: 0,92 1/2 Danziger Gulden.
Engl. Pfund: 18,7 Billionen Papiermark.
Berlin, 28. 12.
1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,3 Billionen Mk.
Danziger Getreidepreise vom 28. Dezember. (Ämtlich): Weizen 1,70-1,75 Dollar, Roggen 0,95-1,00 Dollar, Gerste 1,00-1,10 Dollar, Hafer 0,90 Dollar.

Eingangs der Sitzung heitritt Abg. Dr. Bumke (Dmitl.), daß sein Parteifreund Dr. Bürgerle als Anerkennung für einen von ihm gefällten Schiedspruch eine Freifahrt der Straßenbahn erhalten habe, laud damit aber bei der linken Seite des Hauses wenig Glauben.

Der abgeänderte Artikel 2.

Dann stand der Gesetzentwurf über Abänderung des Artikels 2 des Währungsgesetzes in 3. Lesung zur Beschlußfassung. Es lagen keinerlei Wortmeldungen vor, deshalb wurde sofort die Abstimmung vorgenommen die auf Antrag des Abg. Gen. Spill namentlich erfolgte. Die sozialdemokratische Fraktion enthielt sich der Stimme. Mit 60 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, wurde endgültig beschlossen, dem § 2 des Währungsgesetzes folgende Fassung zu geben:

„Alle am 1. Januar 1924 bestehenden und im Gebiete der Freien Stadt Danzig zu erfüllenden privatrechtlichen Markampfprüche, auch soweit sie dinglicher Art oder bedingt oder befristet sind, können nach Wahl des Schuldners in Mark oder Gulden erfüllt werden. Die Zahlenerklärung muß dem Gläubiger spätestens am 3. Januar 1924 zugehen; soweit Bankrott oder Sparbanken Schuldner sind, verlängert sich die Frist bis zum 4. Januar 1924. Erfolgt die Zahlenerklärung verfristet oder unterbleibt sie, so sind die Markforderungen in Gulden zu erfüllen.“

„In Gulden zu erfüllen, so erfolgt die Umwandlung zu einem Kurs, der am 2. Januar 1924 bekanntgemacht wird.“

Die Not der Erwerbslosen.

Es folgte alsdann die Beratung des von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion vorgelegten Gesetzentwurfs über einmalige Beschäftigungsbeihilfen für Erwerbslose. Die Mehrheit im Sozialen Ausschuss hatte die nur allzu berechtigte Forderung mit sadenscheinigen Gründen abgelehnt und dafür folgende Entschließung angenommen:

„Der Volkstag wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, daß die Nachprüfung bezüglich der Unterstützungssätze der in Frage kommenden Weise sofort vorgenommen wird und dementsprechende Vorlagen in kürzester Frist dem Volkstag vom Senat gemacht werden.“

Abg. Gen. Kozłowski,

der die Debatte eröffnete, erklärte, daß diese Entschließung nichts an dem Elend der Arbeitslosen ändere. Schon das Verhalten der bürgerlichen Abgeordneten im Ausschuss habe bewiesen, daß sie gar nicht die Absicht haben, den Erwerbslosen zu helfen. Nach Reiz habe er kurze Skizze gegeben, wenn Anträge im Interesse der Arbeitslosen vorgelegt wurden. Nur manchmal seien kleine Verbesserungen erzielt worden. Die Forderungen der Erwerbslosen seien durchaus berechtigt. Man möge die große Arbeitslosigkeit berücksichtigen und bedenken, welche Not in den Familien herrsche, wo der Ernährer vier bis fünf Monate erwerbslos ist. Das Los dieser Familien sei ungeheuer schwer. Deshalb habe bei den Parteien der Linken die Hoffnung bestanden, daß auch die bürgerlichen Parteien eine Hilfsaktion für die unglücklichen unternehmen würden. Aber die Verhandlungen im Sozialen Ausschuss hätten das Gegenteil bewiesen. Wohlwollende Worte habe man genug gehabt, aber die Forderung der Erwerbslosen abgelehnt mit der Begründung, daß nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch alle anderen Leidenden die gleiche Beihilfe haben müßten; diese Summen könne der Staat aber nicht aufbringen. Senator Dr. Schwarz habe die Ablehnung der Forderung sogar mit dem Hinweis begründet, daß man den Beamten nicht das Gehalt für drei Monate, sondern nur für zwei Monate im voraus gezahlt habe; Gen. Kozłowski erklärte, daß die einschickseligen Beamten auch mit der Vorauszahlung von einem Monatsgehalt einverstanden gewesen wären dann hätte man auch die Mittel gehabt, den Erwerbslosen zu helfen. Geldmittel hätte sich die Regierung auch in reichstem Maße beschaffen können, wenn sie alle Unternehmer, die gegen die Arbeiterausgangsgeetze verstoßen, mit einer Geldstrafe belegt hätte.

Pflicht der Regierung sei es, die wirtschaftlich Schwachen zu schützen und für die Erhaltung der Volkskraft besorgt zu sein. Die Erwerbslosen forderten nicht Almosen, sondern Beschäftigung. Wenn das Ueberkündungswesen in einzelnen Großbetrieben beibehalten würde und erwidelt darangeordnet werde, die von Ausländern besetzten Arbeitsstellen in Danzig freizumachen, wäre für den größten Teil der Danziger Erwerbslosen Arbeit vorhanden. Es sei unerhört, daß allwöchentlich etwa 200 Arbeitslose in einem von Elbing nach Danzig geholt werden, obwohl hier hunderte arbeitslose Fabrikarbeiterinnen vorhanden sind. Scharf verurteilte Redner das Verhalten Carlsons, der durch Winkeln die Arbeit am Raderwerft Pölkau verzögere. In keinem Schlußwort trat Redner nochmals warm für die Bewilligung der Beihilfe ein.

Weiter fand Gen. Kozłowski nur wenig Aufmerksamkeit bei den bürgerlichen Parteien. Mit der Abänderung des Währungsgesetzes hatte die Mehrheit der bürgerlichen Ab-

Ein kleiner Junge. Ein Arbeiter Anton Brändl in ...

Die Glade. Im nächsten Jahrgang erscheint bereits die ...

Koppe. Das Landeskammer befindet sich in ...

Aus dem Osten.

Widmung. Das Glas auf dem Bräutigam ...

Wortführung. Herrnhuter. Wilmare. Am ...

Mugenbild. Sollte es sich in diesem Falle um eine Arbeiter ...

Kaninchen. Ein großes Schadenfeuer brach am ...

Geilacubell. Aufwertung der Kreisbuch ...

Aus aller Welt.

Die Weinrenten in der Schweiz. Der Schweizer ...

Bandaranten beim Tanzfest. Aus Budapest wird ...

Wiederholung einer dreifachen Familie. Der ...

Die Wohnung in der Bedrängniszeit. Bei der ...

Selbstmord eines 17jährigen Schulfreies. In ...

besuchte die Sekunda eines Dabapeter Gymnasiums. Er ...

Vorsicht ist zwar ... Ein Großindustrieller in der ...

Veranstaltungs-Anzeiger. Anzeigen für den ...

Metallarb.-Verb. Generalsversammlung ...

Wasserstandsberichte am 29. Dezember 1923.

Table with 4 columns: Location, Date, and Water Level. Includes entries for Arzbrach, Montauerspige, etc.

Eisbericht vom 29. Dezember 1923.

Sechself: Von km 0 (Schilf) bis km 56 (Gordon) ...

Zu Beginn der kälteren Jahreszeit gibt man schwächlichen Kindern Pohl's Emulsion! Wohlgeschmeckendes und leicht verdauliches Lebertranpräparat ...

Staatsanwalt Jordan. Roman von Hans Sand. (Fortsetzung folgt.)

Herrn ... (Continuation of the story 'Der Staatsanwalt Jordan')

geheimhaltendes war in dieser Abweilung, die, wie es ... (Continuation of the story 'Der Staatsanwalt Jordan')